

Oktober 2016

Ein Anstoß zum Frieden? Der Friedensnobelpreis und der fragile kolumbianische Friedensprozess

Policy Paper 1 / 2016

Jan Pospisil

Dem BMLVS im Rahmen des Kooperationsprojekts BMLVS/DIONSihPol – oiiip zur Verfügung gestellt.

Zusammenfassung

Trotz der Ablehnung des Friedensvertrages zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-Guerilla in einem Referendum wurde der Friedensnobelpreis 2016 an den kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos vergeben. Mit der Preisvergabe ist die Hoffnung verknüpft, dass der Preis dem nun festgefahrenen Prozess neue Dynamik verleihen kann. Angesichts der positiven Rückwirkungen der Preisverleihung auf die nun notwendige horizontale Inklusion konkurrenzierender kolumbianischer Eliten könnte sich diese Hoffnung erfüllen.

Abstract

Despite the rejection of the peace treaty between Colombia and the FARC-Guerilla in a referendum, the Nobel Peace Prize 2016 has been awarded to the Colombian president Juan Manuel Santos. The committee's explicit hope was to get the now protracted peace process back on track. Given the positive repercussions of the award on the necessary horizontal inclusion of competing factions of the Colombian elite, this hope might be fulfilled.

Keywords

Kolumbien, Peacebuilding, Friedensnobelpreis, FARC

Autor

Jan Pospisil ist derzeit als DFID Research Fellow im Political Settlements Research Programme an der University of Edinburgh tätig. Er ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Weiterum wurde die Vergabe des Friedensnobelpreises 2016 an den kolumbianischen Präsident Juan Manuel Santos mit Überraschung aufgenommen – schließlich erfolgte die Bekanntgabe fünf Tage nachdem der Friedensvertrag mit der Guerillaorganisation FARC, für den er ursächlich ausgezeichnet wurde, in einem öffentlichen Referendum abgelehnt wurde. Nach eigenem Bekunden hatte die kolumbianische Regierung mit diesem Ausgang nicht gerechnet, und verfügt über keinen „Plan B“ nach dieser Ablehnung¹.

Erneut hat das Nobelpreis-Komitee also einen Friedensnobelpreis für *potenzielle* friedenspolitische Erfolge ausgelobt – wenngleich im Gegensatz zu US-Präsident Obama, der im Jahr 2009 ohne jeden Leistungsausweis rein aufgrund seiner Rhetorik ausgezeichnet wurde, im Falle von Santos zumindest ein ausgehandeltes Vertragswerk vorliegt. Die Ablehnung dieses Vertrages an den Urnen bedingt allerdings weitergehende Aushandlungsprozesse, die in jedem Fall schwierig verlaufen werden – zu komplex und heikel ist das gegenwärtig festgeschriebene Austarieren der Interessen, als dass einfache Adaptierungen vorgenommen werden könnten. Welche Wirkungen wird der Friedensnobelpreis in diesem Kontext entfalten? Die im Folgenden entwickelte Argumentation geht davon aus, dass die Preisverleihung an Santos einen potenziell positiven Einfluss auf den kolumbianischen Friedensprozess entfalten kann, da sie zumindest Teile der gegen den FARC-Deal eingestellten Fraktionen der kolumbianischen Elite entlang eines nun massiv gestärkten, und mit nachhaltiger internationaler Legitimität ausgestatteten inklusiven Patriotismus-Diskurses zum Einlenken zwingt.

Lang ausgehandelter Frieden

Der Friedenswillen des kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos war für viele Beobachter zunächst überraschend. Santos war als Verteidigungsminister unter seinem Vorgänger, Alvaro Uribe Velez, für die Exekution der sogenannten Politik der „demokratischen Sicherheit“ verantwortlich, die speziell gegenüber der FARC eine harte, militärisch dominierte Linie vorsah. Schon bald nach der Übernahme der Präsidentschaft änderte sich der Kurs von Santos jedoch. Nach langwierigen Vorverhandlungen, die im Frühjahr 2011 begannen, wurden im Herbst 2012 in Havanna offizielle Gespräche mit der FARC aufgenommen.

¹ <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/renegociar-acuerdos-de-paz-es-una-decision-de-las-farc-canciller/16718096>

In vier Jahren zum Teil überaus komplexer Verhandlungen einigten sich die beiden Parteien schließlich im August 2016 auf ein umfassendes, aus mehreren Subteilen (zur Fragen der ländlichen Entwicklung, der politischen Beteiligung, der Drogen, dem Umgang mit den Opfern und der juristischen Verantwortlichkeit, und der Konflikttransformation) bestehendes Friedensabkommen. Dieses Abkommen wurde von internationalen Beobachtern nicht nur als bahnbrechend, sondern auch als ausgesprochen innovativ beschrieben². In der Tat war nicht nur der zum Vertrag führende Prozess in Fragen der vertikalen Inklusion, also der Einbindung möglichst breiter Teile der Bevölkerung über lokale und regionale Versammlungen und Social Media, wegweisend.

Auch die Verhandlungen selbst zeigten bemerkenswertes innovatives Potential (etwa die Einrichtung eines Subkomitees für Gender-Fragen). Um eine möglichst breite Absicherung des Abkommens zu gewährleisten, wurde zu seiner Bestätigung die Abhaltung eines Plebiszits vereinbart. Eine solche Vorgangsweise kam angesichts der negativen Erfahrungen mit politischen Reintegrationsprozessen in der kolumbianischen Geschichte, die etwa in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren in blutigen Exzessen gegen die in der Partei Union Patriótica legalisierten linksextremen Kräfte mündeten³, beiden Seiten entgegen.

Zugleich hatte sich der politische Ziehvater von Santos, Ex-Präsident Uribe, im Zuge der langwierigen Verhandlungen als lautstarker Gegner des Friedensprozesses positioniert. Seine Kampagne entwickelte sich umso erfolgreicher, je länger die Verhandlungen in Havanna andauerten. Es war abzusehen, dass sich die Abstimmung über den Friedensvertrag zu einem Votum für Santos, oder eben gegen Santos und für Uribe entwickeln könnte. Dies traf in der Tat ein, wengleich diese Polarisierung auf zwei Persönlichkeiten die dahinterliegenden, substantiellen Auseinandersetzungen innerhalb der kolumbianischen Eliten verdeckt.

Das gescheiterte Referendum

Die knappe Ablehnung des Friedensvertrages im Referendum vom 2. Oktober 2016 wurde angesichts der großen politischen, ökonomischen und zeitlichen Investitionen aller Beteiligten in diesen Friedensvertrag als Schock wahrgenommen. Auch die meisten internationalen Kom-

² Kristian Herbolzheimer, 2016, „Innovations in the Colombian peace process“, Norwegian Peacebuilding Resource Centre, Conciliation Resources.

³ Ivan Cepeda Castro, 2006, „Genocidio político: el caso de la Union Patriótica en Colombia“, Revista Cejil, 1:2, 101-112.

mentare konnten nicht nachvollziehen, wieso der Vertrag trotz seines umfassenden Ansatzes und des integrativen Charakters des Friedensprozesses keine Zustimmung finden konnte.

Eine niedrige Wahlbeteiligung, unter anderem bedingt durch die Auswirkungen von Hurrikane „Matthew“, wurden als eine Ursache genannt⁴. Auch statistische Zweifel an der Auszählung des Ergebnisses wurden laut.⁵ Derartige Argumente auf technischer Ebene können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der wesentliche Zweck des Referendums darin gelegen ist, die Legitimation des Friedensprozesses zu stärken, gerade vor dem Hintergrund der oben erwähnten negativen Erfahrungen mit der Union Patriótica in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren⁶. Die im Prozess nur unzureichend gelungene vertikale Inklusion, also die Einbindung konkurrenzierender Eliten, sollte durch ein eindeutiges Votum, das die Fokussierung auf die vertikale Inklusion während der Friedensverhandlungen widerspiegeln sollte, faktisch erzwungen werden.

Diese Absicht ist eindeutig gescheitert – und es darf vor dem Hintergrund des knappen Ausgangs nicht vergessen werden, dass die eigentlich für das Referendum ursächliche Absicht einer breiten Legitimation auch im Falle einer sehr knappen Zustimmung kaum erreicht worden wäre. Im Gegensatz zur internationalen und auch in Kolumbien spürbaren Euphorie über den Friedensprozess war die aufgrund der negativen historischen Erfahrungen als unbedingt notwendig erachtete breite Abstützung schlichtweg nicht gegeben.

Die Konkurrenz der kolumbianischen Eliten und ihr Einfluss auf den Friedensprozess

Ein schon vor dem Referendum oftmals erhobener Vorhalt verwies auf die mangelnde Rücksichtnahme auf die Interessen der Opfer der FARC im Friedensvertrag⁷. Ein auch in Kolumbien prominent sichtbarer Hauptakteur dieser Stoßrichtung war der kolumbianische Ableger der internationalen NGO „Human Rights Watch“, der im Nachgang des Referendums auch der „Sabotage“ des Friedensvertrages beschuldigt wurde⁸. Zugleich ist der Friedensvertrag gerade in Regionen mit einer besonders hohen Anzahl an FARC-Opfern zum Teil überwältigend begrüßt

⁴ <http://en.rfi.fr/americas/20161003-why-did-colombians-reject-historic-peace-deal-farc>

⁵ <http://theconversation.com/colombia-did-not-vote-no-in-its-peace-referendum-what-the-statistics-reveal-66471>

⁶ <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12924130>

⁷ Ryan E Carlin, Jennifer L McCoy, Jelena Subotic, 2016, „Legitimacy Deficits in Colombia’s Peace Talks: Elites, Trust, and Support for Transitional Justice“, Georgia State University, USAID/DCHA/DRG Working Paper Series.

⁸ <https://www.thenation.com/article/did-human-rights-watch-sabotage-colombias-peace-agreement/>

worden⁹. 68 Seiten des insgesamt 297 Seiten umfassenden Vertragswerks befassen sich denn auch mit den Rechten der Opfer und den entsprechenden Verantwortlichkeiten¹⁰.

Ein genauerer Blick auf die regionalen und lokalen Resultate zeigt interessante Erkenntnisse, die allerdings nicht besonders überraschend sind. Das „Nein“ zum Friedensvertrag dominiert insbesondere in jenen Regionen, in denen die Landelite ihre traditionellen Bastionen hat – also jene Teile der Elite, die jedem Ausgleich mit der FARC aufgrund ihres ausgeprägten Anti-Kommunismus politisch nichts abgewinnen kann, die aber auch aufgrund ihrer mitunter engen Verknüpfung mit dem Drogenhandel handfeste ökonomische Interessen daran hat, dass es zu *keinem* erfolgreichen Friedensprozess kommt.

Ex-Präsident Alvaro Uribe hat sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner nach wie vor bestehenden politischer Ambitionen auf nationaler Ebene – zum Sprachrohr dieses reaktionären Eliten-Konglomerates entwickelt. Er verkörpert dieses auch persönlich bis hinein in seine Familie und die Anfänge seiner politischen Laufbahn. Seine Verbindung mit den Drogenkartellen seit seiner Anfangszeit in den 1980er Jahren sind dokumentiert und auch in Kolumbien weitherum bekannt¹¹. Schon sein Vater war familiär mit der Ochoa-Familie verbunden, einer der Schlüsselakteure im Medellín-Kartell der 1980er Jahre. In der Zeit vor seiner politischen Laufbahn war Uribe für die Flugleitung am Flughafen Medellín zuständig, in einer Zeit, wo dieser Flughafen im Zentrum der Flugoperationen von Drogenkartellen stand¹². Wie aus mittlerweile veröffentlichten Dokumenten hervorgeht, wurde Uribe im Jahr 1991 von den US-Geheimdiensten in die Top-100-Fahndungsliste der gesuchten Drogenhändler aufgenommen (als Nummer 81)¹³. Seine spätere, federführende Rolle im umstrittenen Friedensprozess mit den den Drogenkartellen nahestehenden Paramilitärs der AUC wurde mitunter als Kontinuität seiner nach wie vor intakten Verbindungen in derartige Kreise interpretiert.

⁹ <http://www.semana.com/nacion/articulo/plebiscito-por-la-paz-victimas-del-conflicto-votaron-por-elsi/496571>

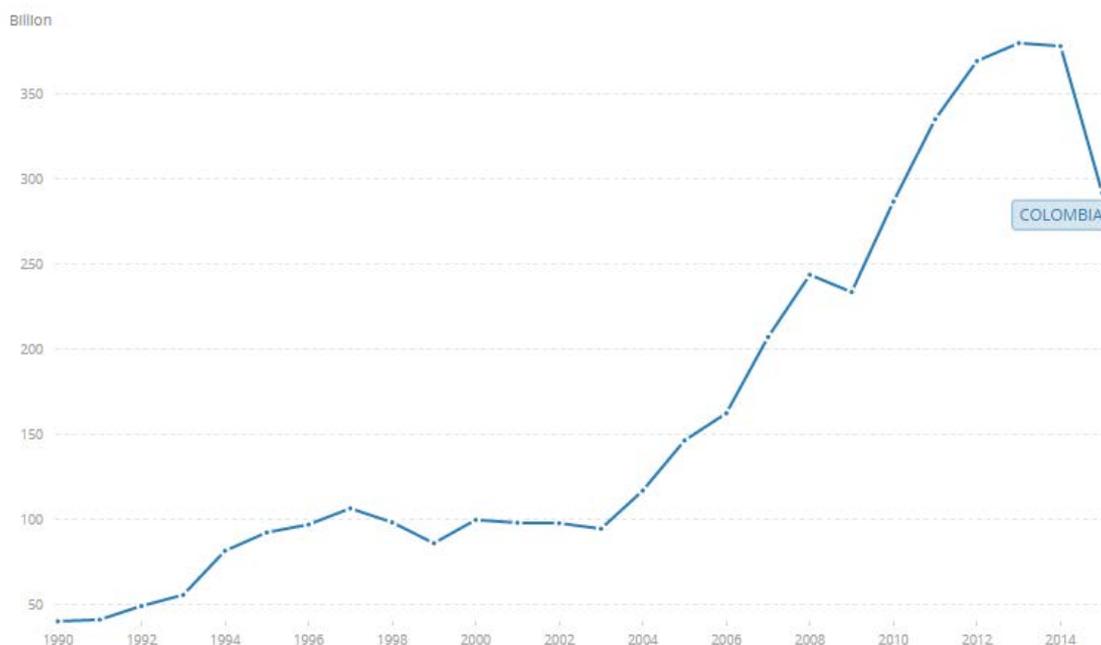
¹⁰ Christine Bell, <http://www.politicalsettlements.org/2016/10/04/getting-to-not-yet-colombias-peace-agreement-referendum/>

¹¹ Siehe etwa <http://www.semana.com/opinion/articulo/el-narcotraficante-numero-82-opinion-de-joaquin-robles/394690-3>

¹² Forrest Hylton, 2003, „An Evil Hour“, New Left Review 23, September-October 2003.

¹³ <http://nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB131/>

Unbestritten ist, dass Uribe die politischen und ideologischen Interessen der agroindustriellen Eliten vertritt¹⁴, die schon immer gegen einen Friedensschluss mit der FARC auftraten. Im Zuge des markanten Wirtschaftsaufschwunges seit Mitte der 2000er Jahre (siehe Grafik 1) zeigten sich die städtischen, exportorientierten Eliten hingegen an einem nachhaltigen Friedensprozess interessiert. Damit sollte der aufstrebende Trend verstetigt werden.



Grafik 1: BIP-Entwicklung Kolumbien (Weltbank-Daten)¹⁵

Eine Katalysatorfunktion übernahm dabei der nationale Industriellenverband ANDI („Asociación Nacional de Industriales“), dessen langjähriger Präsident Luis Carlos Villegas Teil des staatlichen Verhandlungspanels ist. In weiterer Folge, im Juni 2015, wurde Villegas von Santos sogar zum Verteidigungsminister ernannt. Die städtische Business-Elite zeigt sich in vielfältiger Weise in den Friedensprozess involviert – so wird ein eigener Think-Tank, die „Fundación Ideas para la Paz“¹⁶, finanziert, die Ideen für den Friedensprozess und die Post-Konflikt-Phase entwickelt. Der Industriellenverband war ein wesentlicher Faktor, der den Friedensprozess vorangetrieben hat¹⁷ – und damit zusammenhängend auch die Spaltung der konservativen kolumbianischen Eliten, die sich auch in der Parteienlandschaft in zwei Abspaltungen von der traditionellen konservativen Partei manifestiert: während sich die traditionell orientierten Uribistas im

¹⁴ Nazih Richani, 2013, *Systems of Violence: The Political Economy of War and Peace in Colombia*. Albany: State University of New York Press, 185-186.

¹⁵ <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?end=2015&locations=CO&start=1990>

¹⁶ <http://www.ideaspaz.org/>

¹⁷ Siehe etwa <http://www.elespectador.com/noticias/economia/colombia-tiene-buscar-paz-articulo-646344>

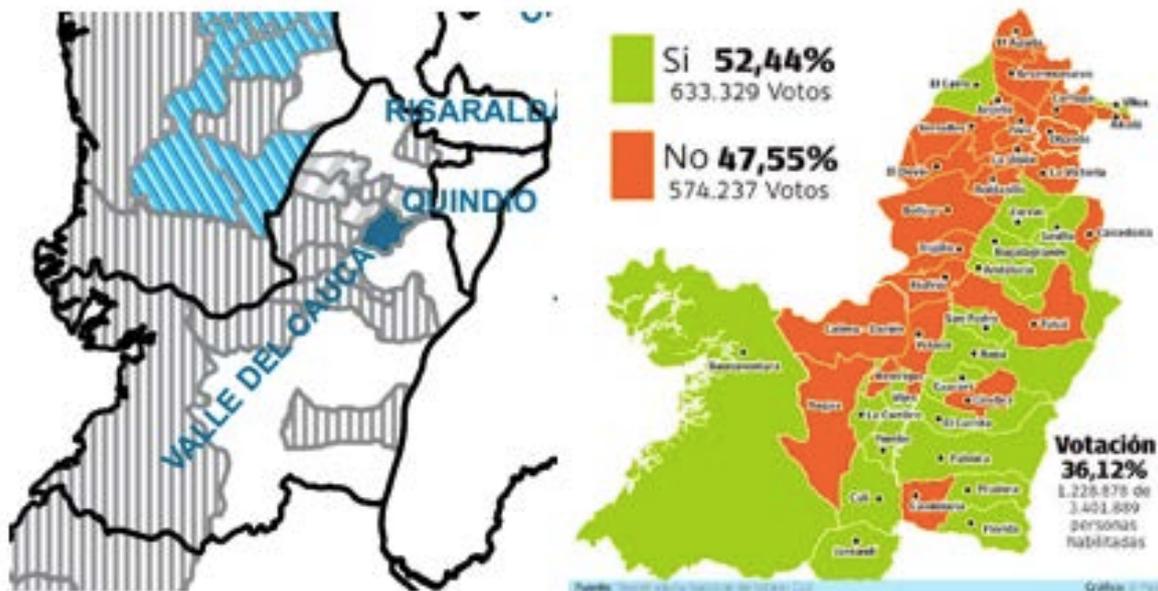
„Centro Democratico“ zusammenfanden, haben die neo-konservativen Kräfte unter Santos die ehemalige Uribe-Partei „Partido de la U“ übernommen. Diese Eliten-Konkurrenz zwischen einem traditionellen Agribusiness-Sektor, der zumindest geographisch mit dem Drogenhandel verbunden ist, und den städtischen, international orientierten Eliten, die diametral entgegengesetzte Interessen verfolgen, war für die polarisierende Kampagne um das Referendum ausschlaggebend.

Eine gescheiterte horizontale Inklusion – aber nicht nur

Ein wesentlicher Faktor für die Widerspiegelung dieser Spaltung in Abstimmungsergebnissen liegt in deren fühlbaren Auswirkungen auf lokaler Ebene. So ist der Sektor der mit dem Drogenhandel in enger Verbindung stehenden Paramilitärs seit dem Friedensprozess mit den AUC keineswegs verschwunden, sondern hat sich in Form kleinerer, regionaler Gruppierungen, die offiziell als Bacrim (kurz für „Bandas Criminales“, kriminelle Banden) bezeichnet werden, neu formiert¹⁸. Diese Gruppierungen umfassen mehrere tausend Bewaffnete, die immer noch in weiten Gebieten des ländlichen Kolumbien aktiv sind, aber auch eine relevante Zahl an Vierteln in Großstädten (insbesondere in Medellín und in Cali) kontrollieren.

Hier zeigen sich enge Überschneidungen mit den Resultaten des Referendums. Städtische „Nein“-Voten konzentrieren sich auf die Städte mit starkem Einfluss der Gangs. Resultate in den ländlichen Regionen zeigen eindeutige Tendenzen zum „Nein“ in Gebieten unter starkem Einfluss der Landeliten und der Bacrim. Ein Blick auf die Abstimmungsergebnisse in der Region Valle del Cauca (mit der regionalen Metropole Cali) verdeutlicht dies. Während die Gesamtregion den Friedensvertrag mit 52,4% relativ eindeutig befürwortete, zeigt ein Blick auf die Resultate in den Distrikten eine offensichtliche Tendenz zum „Nein“ in Regionen mit starkem Einfluss der Bacrim (siehe Grafik 2).

¹⁸ Enzo Nussio, 2012, „Learning from Shortcomings: The Demobilisation of Paramilitaries in Colombia“, *Journal of Peacebuilding & Development*, 6:2, 88-92.



Grafik 2: Links Aktivitätszonen der Bacrim in Valle del Cauca (Report von FES¹⁹), rechts die regionalen Resultate des Referendums in Valle del Cauca (Tageszeitung „El Pais“, Cali²⁰)

Hier muss in Betracht gezogen werden, dass für viele der Abstimmenden das Referendum keineswegs ein Votum für oder gegen „Frieden“ darstellte – angesichts von einer Zahl von etwa 10.000 irregulären bewaffneten Kräften, die nicht der FARC zugehörig sind, war das mit dem Abkommen verbundene Friedensversprechen von vornherein nicht einzuhalten²¹. Angesichts der Lebensrealität einer nicht geringen Zahl derjenigen, die mit „Nein“ votierten, musste der Friedenshype in den kolumbianischen Medien für eine relevante Zahl an Wahlberechtigten zynisch klingen, vor allem wenn er mit einer für viele unmittelbar spürbaren Periode ökonomischer Stagnation zusammenfällt.

Der Friedensnobelpreis – eine neue Initialzündung?

In der schwierigen Konstellation nach der für beide Verhandlungsparteien unerwarteten Ablehnung des Friedensvertrages kann der nun verliehene Friedensnobelpreis zu einer Dynamisierung einer eigentlich festgefahrenen Lage beitragen. Es ist weitgehend unbestritten, dass die Ablehnung dazu führen muss, dass einzelne der Vertragsteile geöffnet und neu verhandelt werden. Wenngleich beide Parteien – die kolumbianische Regierung wie auch die FARC – prin-

¹⁹ Carlos Andres Prieto, 2013, Las Bacrim y el crimen organizado en Colombia. FES Seguridad, policy paper 47, Friedrich-Ebert-Stiftung Colombia.

²⁰ <http://www.elpais.com.co/elpais/colombia/proceso-paz/noticias/cali-y-valle-impuso-si-plebiscito>

²¹ <http://www.nzz.ch/international/amerika/demobilisierung-der-farc-guerilla-falsche-versprechen-in-bogota-ld.119005>

ziptuell am Prozess interessiert bleiben, ist dennoch zu bedenken, dass das gegenwärtige Verhandlungsergebnis keine großen Spielräume offenlässt.

Insbesondere für die FARC-Führung gilt es dabei zu bedenken, dass sie garantieren müssen, dass ein überwiegender Teil der Organisation die Transformation in eine friedliche politische Kraft mitvollzieht. Immer wieder gab und gibt es Berichte über einige der FARC-Fronten, die dazu nicht bereit sein und der Option einer Weiterführung illegaler Geschäfte unter Beibehaltung der Bewaffnung den Vorzug geben könnten²². Sollten Teile der Vereinbarungen zur Übergangsjustiz verschärft und eine substantielle Zahl an FARC-Kadern Gefängnisstrafen zugeführt werden, wie von Gegnern des Abkommens verlangt, steigt unweigerlich die Zahl derjenigen, die sich dem Friedensschluss nicht unterordnen – was wiederum die Glaubwürdigkeit der FARC-Führung, und damit des Gesamtprozesses, existenziell unterminieren dürfte.

Der Raum für Kompromisse ist also gering. Genau hier setzen nun die Wirkungen des Friedensnobelpreises an, und zwar auf zwei Ebenen: zunächst wird das abgeschlossene Vertragswerk, unabhängig vom Ausgang des Referendums, gleichsam mit ausgezeichnet. Die Mitteilung des Komitees unterstreicht die Bedeutung des Friedensprozesses bis zum Referendum²³. Damit wird die internationale Legitimität des Verhandlungsergebnisses unterstrichen.

Zweitens erhöht die Preisverleihung den Druck zum nationalen Schulterschluss hinter dem Friedensprojekt, was das Vergabekomitee auch explizit so beabsichtigt: „The Nobel Committee hopes that all parties will take their share of responsibility and participate constructively in the upcoming peace talks.“²⁴ Diese Rechnung könnte aufgehen. Uribe war etwa gezwungen, Santos über Twitter zum Preis zu gratulieren²⁵. So verschiebt die Preisvergabe die diskursive Darstellung des Prozesses von einem die Nation spaltenden politischen Projekt zu einem die Nation international repräsentierenden gemeinsamen Friedensprojekt – und erhöht damit den Druck auf die Vertragsgegner massiv.

²² Siehe etwa <http://www.eltiempo.com/politica/justicia/los-frentes-mafiosos-de-las-farc/14941282>

²³ „President Santos initiated the negotiations that culminated in the peace accord between the Colombian government and the FARC guerrillas, and he has consistently sought to move the peace process forward“, https://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2016/press.html

²⁴ Ebda.

²⁵ „Felicito el Nobel para el Presidente Santos, deseo que conduzca a cambiar acuerdos dañinos para la democracia“, @AlvaroUribeVel, 7 Oct 2016.

Hier ist auf die Unterschiede zur Preisverleihung an US-Präsident Obama im Jahr 2009 zu verweisen. Dies war aus zwei Gründen der Fall, die sich in Bezug auf Santos grundlegend anders darstellen: Erstens erfolgte die Preisvergabe an Obama zu Beginn seiner Amtszeit, und bezog sich nur auf politische Ankündigungen und Perzeptionen. Im Falle Kolumbiens liegt allerdings ein in einem mehrjährigen Prozess ausgehandeltes Vertragswerk vor. Zweitens sind Teile des außenpolitischen Establishments der USA an internationalen Preisen nicht nur desinteressiert, sondern lehnen sie aus prinzipiellen Erwägungen ab. Dies ist selbst bei den reaktionären Kräften, die sich um die Person Uribe bündeln, nicht der Fall, zumindest nicht in der Deutlichkeit. Im Gegensatz zu den USA besteht ein unmittelbarer politischer Druck, positives internationales Rampenlicht wahr- wie auch anzunehmen – sicherlich ein Resultat aus der nach wie vor dominanten kollektiven lateinamerikanischen Selbstwahrnehmung als Opfer des nördlichen Kolonialismus und Imperialismus.

Der Druck zu einem Kompromiss ist damit erhöht, und war nicht nur auf Seiten der FARC, sondern auf Seiten jener Eliten, die dem Friedensprozess ablehnend gegenüberstehen. Damit steigen die Chancen auf eine horizontale Inklusion bis hin zu jener kritischen Masse, die eine erfolgreiche Implementation des Friedensvertrages ermöglicht.

Policy-Implicationen

Ein solcher Prozess ist jedoch auch jetzt kein Selbstläufer, sondern erfordert drei wesentliche Schritte:

(1) Der Schwerpunkt des Verhandlungsprozesses muss von der kolumbianischen Regierung auf die horizontale Inklusion gelegt werden. Es muss ein Interessensausgleich mit einer kritischen Masse der traditionellen Landeliten gefunden werden, der es zugleich ermöglicht, verbleibende reaktionäre Teile und die Drogenkartelle rund um die Bacrim politisch zu isolieren, und repressiv zu bekämpfen. Diese Auseinandersetzung steht Kolumbien mit oder ohne Friedensprozess bevor. Das bestehende fragile politische Settlement hat sich in den letzten Jahren in einer Weise polarisiert, dass es das politische Leben lähmt und die ökonomische Weiterentwicklung unterminiert.

(2) Eine mögliche Lösung der nun notwendigen Neuverhandlungen mit der FARC liegt in einer Verbreiterung des Prozesses, etwa durch den Beginn von parallelen Verhandlungen mit der zweiten Guerillaorganisation, der ELN. Diese hat sich zu Verhandlungen bereiterklärt und wür-

de das Verhandlungsergebnis mit der FARC ohnehin als Benchmark für die eigene Agenda ansehen – wenngleich ihre materielle Situation bedeutend schlechter ist (die ELN verfügt über signifikant weniger Bewaffnete und Einflussgebiete als die FARC). Wenngleich es aller Wahrscheinlichkeit nach besser ist, die Prozesse von FARC und ELN weiterhin getrennt zu behandeln, schafft eine Einleitung eines parallelen Prozesses dennoch zusätzliche Optionen für die Regierungsseite, weil sie Verhandlungserfolge wechselseitig als Druckmittel einsetzen kann.

(3) Letztlich bleibt das vermutlich entscheidende Problem, dass weite Teile der kolumbianischen Realität überaus gewalttätig sind. Die gegenwärtige ökonomische Stagnation trägt einen wesentlichen Teil dazu bei, zugleich hat sich die Drogenkriminalität diversifiziert und lokalisiert, und hat auch zu einer bedeutenden Verschlechterung der sozialen Situation in den Metropolen (insbesondere in Bogota, Medellín und Cali) geführt. Je entschlossener die Regierung die Bereitschaft zeigt, gegen die Bacrim und bestehende paramilitärische Narco-Netzwerke vorzugehen, umso deutlicher wird eine tatsächliche Friedensbereitschaft. Eine Flexibilisierung der Drogenpolitik, wie von Santos selbst explizit befürwortet²⁶, ist dazu sicher ein probates Mittel. Dies schafft letzten Endes auch eine höhere Zustimmung zum Friedensprojekt, weil der nicht selten auch zynisch wahrgenommene Friedenshype in den kolumbianischen und internationalen Medien und der Zivilgesellschaft mit sich verändernden – sich verbessernden – Lebensrealitäten untermauert wird. Dies ist für die Glaubwürdigkeit des Prozesses unerlässlich.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2016

²⁶ <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/apr/16/war-drugs-colombia-un-new-approach>